

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
anzuschließen. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
ausländischen Zeitungsvorzeichnis unter
Sonder-Zeitungsverzeichnis. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Geschäftsleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. 2. 7gepost. 38mm br. Kolon-
zeile od. der. Raum mit 20 Pf. a.
10⁰0. Zuschlag berechnet und in un-
fruchtbarkeiten u. allen Anzeigen-
geschäftsangelegenheiten die 78 mm
breite Zeile 1 M. u. 10⁰0. Zuschl.
Anzeigen - Annahmefrist vom.
11 Uhr. für die Sonntags-It. abds.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit un-
möglich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 18. Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 288.

Halle, Sonnabend, den 22. Juni.

1918.

Demission des Kabinetts Seidler?

Volle Mißerfolge des Feindes zwischen Albert und Arras. — Erbitterte Naktkämpfe an verschiedenen Stellen der Front.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Arras und Albert dauerten die heftigen Teil-
kämpfe des Feindes gestern bis zum Morgen an. Sie endeten
mit vollem Mißerfolg für den Gegner. Beiderseits der
Scaupe bei Botry, Bequerelle, Hebuterne, Hamel und im
Wald von Noyon wurden heftige englische Abteilungen, teil-
weise in größterem Ansturm, zurückgeschlagen. Auch an der
Scaupe westlich der Engländer mehrfach vergeblich Er-
kundungen vor. Bei Wavre des Feindes und bei eigenen
Stellungen südlich der Somme machten wir Gefangene.

Feindlicher Flugzeugangriff auf Brügge fügte der Bevöl-
kerung Verluste zu.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Rosnon wiederholte der Feind mit häu-
figen Abteilungen seine vergeblichen Angriffe südlich von
Bardelcourt. Zwischen Die und Marne lebhafteste Tätigkeit
des Feindes. Mehrfach angesehene Erkundungsvorstöße der
Franzosen blieben erfolglos. Teilangriffe der Franzosen und
Amerikaner nördlich von Chateau-Thierry wurden blutig
abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

23000 Tonnen versenkt.

Brest, 21. Juni. (Amtlich.) Ein neuerer U-Boot,
Kommandant Kapitänleutnant Hartzell, derjenige im
Spezialbereich des Mittelmeeres auf 15tägiger Unternehmung
7 Dampfer
von rund 23000 St.-M.T.

Alle Dampfer waren außerordentlich wertvoll. Die
Submarine behandelte aus Baumwolle, Benzin, Öl und
Eisengut.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Wiener Kabinettkrise.

Wien, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In-
folge der Haltung des Polenklubs und der Stim-
mung der deutschen Abgeordneten wird das Kabinett
Seidler morgen dem Monarchen die De-
mission überreichen, die aber, wie verlautet,
nicht angenommen werden dürfte.

Wie es in Paris aussieht.

Kopenhagen, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die
„Times“ melden aus Paris: Paris bietet fast denselben An-
blick wie im Herbst 1914. Es herrscht Stille und Menschen-
leere in den Straßen, die jetzt mehr an ein städtisches Dorf
erinnern, als an die Hauptstadt des lateinischen Rasse. Der
Staub leuchtet ein. Die Regierung bereitet sich auf das
schlimmste vor. Es werden alle Zivilisten, die nicht mit einer
nützlichen oder notwendigen Arbeit beschäftigt sind, aufge-
fordert, sich an einen anderen Ort zu begeben so lange noch
Zeit und Möglichkeit dazu vorhanden ist, um nicht zu werden,
als plötzlich Panik und Verwirrung entsteht.

Foch und Petain „garantieren“.

Jülich, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der neue
Kommandant von Paris erklärte, daß sowohl Foch wie Petain
ihm versprochen hätten, für die Verteidigung von Paris zu
garantieren.

Was Kühlmann nicht sagte.

Bonn, 22. Juni. (Privattelegramm.) In Vorbereitung
der heutigen Debatte über den rumänischen Friedensvertrag
im Reichstag findet die „Kölnische Zeitung“, daß die Rede von
Kühlmanns enttäuscht habe. Man hätte erwartet, daß er die
großen Fragen des Krieges und des rumänischen Frieden-
s wenigstens in kurzen Zügen streifen würde. Man hätte
gehofft, daß der Staatssekretär die Neuzugler noch die wich-
tigsten Fragen erörtert würde, die im rumänischen Frieden
unseren Verbindungen gegenüber angeschnitten werden müß-
ten, der Weg nach Wien, die Schwarze Meerfrage, die Donau-
frage. Viele große Projekte und Ausichten hätten Stoff in
reichlicher Fülle geboten. Der Bund der Mittelstände hat im
rumänischen Friedensvertrag die Feuerprobe bestanden. Der
rumänische Friedensvertrag wird hoffentlich ein neuer Kitt

für die vier verbündeten Mittelmächte werden und auch Ru-
manien wieder in die Bahn der früheren Politik an der Seite
Deutschlands und Oesterreichs zurückführen.

Verteidigung von Paris „bis auf den letzten Mann.“

Jülich, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) „Temps“,
„Journal“ und „Matin“ schreiben übereinstimmend die Aus-
landsmeldungen, aus Paris würden 1½ Millionen Menschen
entfernt, womit die Evacuierung von Paris eingeleitet werde,
leiten Entscheidungen. Es würden lediglich Vorbereitungen zur
Verteidigung der Hauptstadt getroffen. Der „Temps“ schreibt:
Die Verteidigung ist sich selbst überlassen, daß Paris bis zum letzten
Mann zu verteidigen sei, wenn Frankreich sich nicht selbst auf-
geben will.

Die Mißstimmung gegen Clemenceau wächst.

Genf, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Stim-
mung in Paris verdichtet sich zu einem gemeinsamen Unmuten
gegen den Ministerpräsidenten. Auch in der Armee ist die
Stimmung gegen Clemenceau im Wachsen, denn dort macht
man ihm zum Vorwurf, daß er alle Friedensangebote ohne
nähere Prüfung abgelehnt habe.

Die Pläne der Amerikaner.

Rotterdam, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus
New York wird gemeldet, daß die deutsche Regierung und ihre
Erfolge sämtliche Pläne der Amerikaner über den Ozean ge-
worfen habe. Man hätte dort die Absicht, die Truppen erst
vollständig auszurufen und dann erst nach dem Westen zu
senden. Diese Pläne hat man infolge der deutschen Offensive
und Siege ändern müssen.

Auszug der fremden Konsulate aus Venedig.

Balet, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Von der
italienischen Grenze wird gemeldet, daß die fremden Konsu-
late in Venedig nach Mailand abgezogen sind. Die
„Italia“ schreibt am Dienstag: Wir müssen bei einer Ges-
taltung der unteren Pläne und ihres Zusammenhangs mit
einer Berücksichtigung der strategischen Verhält-
nisse zwischen Venedig und der Prenta rechnen.

Der Verkehr in Oberitalien.

Balet, 22. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Zeitun-
gen aus Verona und Venedig treffen seit mehreren Tagen
nicht mehr in der Schweiz ein. Die Bahnen Oberitaliens sind
für Seereschiffe reserviert. Auch ist zwischen Italien und
Frankreich seit dem 19. Juni die allgemeine Güterpost ein-
getreten.

Venedigs Lagunengebiet im Gefahr- bereich.

Balet, 22. Juni. (Privattelegramm.) Der „Temps“
meldet: Das Lagunengebiet der Stadt Venedig rückt in den
Gefahrbereich. Auch die Möglichkeit, daß der Feind seine
Offensivrichtung plötzlich ändert, bleibt bestehen.

Der Effektivebestand des französischen Heeres.

Genf, 22. Juni. (Privattelegramm.) „L'clair“ meldet:
Clemenceau erschien am Mittwoch vor der Armeekommission
behufs Klärung über die unrichtige Einschätzung des fran-
zösischen Effektivebestandes. Er erklärte den Widerspruch da-
hin, daß die Armee zunächst eine große Masse von Soldaten
aufweise, welche teils Bäter von vier Kindern, teils auch zu
bejahrt, teils aus minderjährig sind und laut Gesetz nicht in
die Feuerlinie kommen dürften. Darum geht hervor, daß die
Zahl der wirklichen Kämpfer weit unter dem faktischen Stand
stehe, welchen innerseits Clemenceau im Parlamente angab.

Die Entente-Versärfungen für Italien.

Jülich, 22. Juni. (Privattelegramm.) Die Zeitungen
der italienischen Grenze berichten, daß zwischen Frankreich
und Italien ununterbrochen Militärkräfte sollen. „Italia“
schreibt am Mittwoch: Wenn es gelingt, die Schlacht 8-10
Tage zu stabilisieren, so wird es möglich sein, das Gleich-
gewicht der Kräfte an der Front herzustellen.
(Weite Derselben siehe auch Seite 3.)

Die deutsche Hilfe.

Der wirtschaftliche Notstand in Oesterreich.

Es ging nicht anders. Oesterreich mußte wirtschaftliche
Hilfe gebracht werden, denn es hatten sich Zustände heraus-
gebildet, die keine Berstimmung erlauben durften. Aber
es muß doch noch einmal festgestellt werden, daß deutscher-
seits keine Verpflichtung für diese Hilfe bestand. Das,
was Wiener Blätter über eine derartige, von Deutschland
eingegangene Verpflichtung geschrieben haben, ist durch die
„Nordd. Allg. Ztg.“ mit aller Klarheit und Entschiedenheit
zurückgewiesen worden. Das halbamtliche Blatt hatte in
seiner Nummer vom 19. d. M. gesagt: „Eine Versicherung aus
deutschen Beständen ist nicht vorgelegen worden. Sie
hätte nur in Frage kommen können, wenn Deutschland noch
Kriegsbestände hätte, die über den Bedarf für Bevölkerung
und Heer hinaus verfügbar gewesen wären. Das ist aber
in diesem Erntejahr leider nicht der Fall.“ Sodann wurde
dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ Bezug auf die in
Berlin in den letzten Tagen erfolgten Verhandlungen
zwischen dem österreichischen Ernährungsminister Dr. Paul
genommen und zum Schluß gesagt: „Bei diesen Verhand-
lungen ist auch von deutscher Seite gegenüber den öster-
reichischen Wünschen Gegenmaßnahmen bewiesen worden, so-
weit es nach der deutschen Verfassung zulässig war.“
Was wir wirtschaftlich ohnehin schon für Oesterreich getan
hätten, geht aus einem Antwort-Telegramm des General-
außenministers Baron Bartsch an den Wiener Do-
kumentar Dr. Weigl über die Bitte um Hilfe her-
vor. In diesem Telegramm war u. a. gesagt: „Von Herzen
gern würde ich der Bevölkerung Wiens in ihren schwersten
wirtschaftlichen Nöten helfen, aber mehr, als von deutscher
Seite getan wird, ist leider nicht mehr möglich.“
Alle Getreidezufuhren aus Rumänien, Belgien und
der Ukraine werden restlos Oesterreich überlassen und
auch die für die Westfront bestimmten Sendungen habe ich
im April, Mai und Juni trotz eigener schwerer Ernährungs-
lage zur Verfügung gestellt. Jetzt sind aber derartige Reser-
ven nicht mehr vorhanden, und ich bin außerstande,
weitere Ausfuhren zu leisten. Soffentlich wird es meinen
Ermählungen gelingen, die Ausfuhren aus Syrien und
der Ukraine zu steigern, daß bald wieder größere Mengen
Oesterreich zugehen können.“

Inzwischen ist diese weitere Hilfe möglichst ge-
macht worden. Die Wiener Blätter bringen Dankeartikel
an die Adresse Deutschlands, aus denen ersichtlich ist, was aus
den Ausfuhren der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht hervorgeht,
daß wir erneut mit 1000 Waggons Getreide unter
die Arme gegriffen haben. Nach deutscher Darstellung han-
delt es sich um 5000 Tonnen Brotgetreide, die Oesterreich bis
zum 15. Juli nach einer eingegangenen Verpflichtung zurück-
zugeben hat. Es kann ausdrücklich festgestellt werden, daß
diese Maßnahme auf die Verbringung der deutschen Bevölke-
rung keinerlei Einfluß hat. Die Wiener „Neue Freie Presse“
beginnt ihren Artikel mit den Worten: „Deutschland hilft
uns. Dieses einfache Wort wird in der Bevölkerung leb-
haften Widerhall finden. Tausend Wagen reichen aus, um
etwa bis Ende des Monats uns vor dem Hunger zu be-
wahren, und die sonst unvermeidlichen Folgen der Feh-
ler und Versäumnisse werden nicht eintreten.“ Auch in
seinen weiteren Ausführungen enthält der Artikel manchen
Satz, der bei uns Befriedigung und Genugtuung auslösen
kann. Dehafftes Bedauern muß es dagegen erregen, wenn
das Blatt in dem gleichen Artikel in einem Satz sagt:
„Deutschland erfüllt einen Teil dessen, wozu es sich ver-
tragsmäßig verpflichtet.“ Wir empfinden dieses
Bedauern um so stärker, als sich der älteste Satz in der
gleichen Nummer des Blattes findet, die bereits die Zurück-
weisung der „Nordd. Allg. Ztg.“ enthält. Das „Neue Wiener
Journal“ überschreibt seinen Dankeartikel „Die Hilfe in der
Not“. Auch hier finden sich warme Worte für Deutschland.

Nachmals: Für Deutschland bestand keine
Verpflichtung. Wenn diese Hilfe bei eigener schwerer
Lage trotzdem gewährt wurde, so drückt sich darin aus, wie
Deutschland sein Bundesverhältnis aufzufassen gewohnt ist.
Die Worte „Auf Gedeih und Verderb verbunden“ haben
hier einen tiefen Sinn. Die mehrfache deutsche Hilfe, von
der unser Bundesrat in seinem Telegramm an den Wiener
Oberbürgermeister gesprochen hat, wird jetzt auch von ver-
antwortlicher österreichischer Seite zurückgewiesen, nach dem man,
sagt zu lange schon, sich über diesen Punkt auszusprechen
hätte. Nachdem der österreichische Ernährungsminister Dr.
Paul nach Wien zurückgekehrt war, hat der Ministerpräsident

Die weitere Umsatzsteuer-Beratung — Hauptauschuss.

Ein Anteil des Staates und der Gemeinden an den Erträgen. — Die Besteuerung der Lebensmittel.

Berlin, 21. Juni.

Der Hauptauschuss des Reichstages wird nach Erledigung der Umsatzsteuer des Friedensvertrags mit Rumänien beraten, was voraussichtlich am Montag der Fall sein wird.

Die Verhandlung über das Umsatzsteuergesetz wurde bei § 6 fortgesetzt, bei der Steuer auf 5 v. H. Es für die lebenspflichtige Leistung vereinnahmt Entgelt festsetzt. Pfennigbeträge, die nicht durch zehn Teller sind, werden auf volle 10 Pf. nach oben abgerundet. Ausländische Werte werden nach näherer Bestimmung des Bundesrates umgerechnet. Gestrichen hat der Unter-ausschuss die Vorschrift, daß Steuerbeträge, die im Steuerabschnitt 10 Mark nicht überschreiten, nicht erhoben werden sollen. Zu diesem Paragraphen wird der Antrag auf Ermäßigung der Steuer auf die Hälfte, wenn die Ware zur gewöhnlichen Weiterverbreitung oder gewerblichen Warenherstellung verwendet wird (Zwischenveräußerung) wieder eingebracht. Ferner beantragen die Sozialdemokraten, daß die Steuer für Getreide, Getreidefabrikate, Milch, Butter, Karotten, Gemüse, Fleisch und Fett nur 1 v. H. betragen soll.

Mit der Beratung über § 6 wird verbunden die des § 30. Nach diesem Paragraphen, der im Unter-ausschuss eine weitgehende Ergänzung erfahren hat, soll jeder Bundesstaat von der jährlichen Einnahme aus diesem Gesetz

eine Verwaltungs- und Erhebungsorgani-

von 10 Prozent erhalten, jede Gemeinde 10 Prozent der in dem Bundesstaat, dem sie angehört, aufkommenden Einnahmen. Die Gemeinden und Gemeindeverbände aber haben einen Teil des ihnen zustehenden Betrages nach näherer Anweisung der Landesregierungen für die Zwecke der Lebensmittelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu verwenden. Alle Warenumsätze, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Bundesstaaten und Gemeinden bestehen, dürfen vom 1. April 1919 ab nicht weiter erhoben werden. Nach neue Steuern vom Warenumsatz dürfen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes von den Bundesstaaten oder Gemeinden nicht eingeführt werden.

Abg. Reesfeld (Soz.) begründet den Antrag. Abg. Erxberger (Ztr.): Der Antrag würde den Durchsichteren Tür und Tor öffnen, und in den gemischten Geschäften zu ganz unbilligen Auseinandersetzungen führen. Es bleibt ein anderer Weg übrig, als in den Gemeinden aufzutragen, einen Teil des Steuerertrages für die minderbemittelten Volksteile zu verwenden zum Heften von Kollekten, zur Erfüllung von Schlichtungsaufträgen, zum Abschluß von Lieferungsverträgen usw.

Abg. Getheln (Sp.): Auch wir können aus diesen Gründen nicht für den gegenwärtigen Antrag stimmen. Es bleibt nur der vom Unter-ausschuss gewählte Weg übrig. Wohl aber läßt sich eine Trennung der letzten Hand und der Zwischenhand durch eine Steuerermäßigung für die Zwischenveräußerungen durchführen, bei der Umgehungen durch eine stärkere Kontrolle leicht zu bekämpfen sind.

Abg. Bernheim (L. S.): Wir können einer Lebensmittelbesteuerung, die die Wohlge einer solchen Besteuerung der Lebensmittelumlage über die Wiederverkaufung zwischen Lebensmittel und anderen Gegenständen

sprechen sehr ernste praktische Bedenken. In der Kriegszeit ist es ganz unmöglich, eine weitgehende Unterbrechung zu bewirken, als die Vorräte vorrücken. Sondern es würde die Herabsetzung der Steuer für Lebensmittel einen Windertrag von einigen hundert Millionen Mark bringen.

Abg. Keil (Soz.): Gerade diese große Summe beweist die Bedeutung der Frage.

Reichsfinanzdirektor Graf Noorden: Auf Einzelheiten der Berechnungen des voraussichtlichen Ertragsverlustes wollen wir uns lieber nicht einlassen. Es müßten dann auch die indirekten Verluste beachtet werden.

Abg. Schöte (kon.): Der sozialdemokratische Antrag ist technisch unbeschäftigt und lächerlich.

Abg. Waldstein (Sp.): Die Frage ist sehr bedeutungsvoll, da sie für die Sozialdemokratie entscheidend ist für die Zustimmung zu dem Gesetz. Man kann Ungleichheiten eines Steuererlasses oder besser durch andere Steuern ausgleichen. Wir sollten einen Teil der Uebererläufe an die Gemeinden abhängig machen von dem Verwendungsnachweis.

Hierauf wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptauschusses begründet Abg. Zrl (Ztr.) einen Antrag, der in das Gesetz einen neuen § 6 zu Einfügen will. Zur Begründung verweist der Antragsteller auf den Zweck des Antrages, einen Anreiz zur Ausdehnung und Zusammenfassung von Betrieben wegfallen zu lassen. Der Antrag wird auch steuerrechtlich verhältnismäßig leicht durchzuführen sein.

Reichsfinanzdirektor Graf Noorden: Ich habe gegen den Antrag Goetheln auf Ermäßigung der Steuer auf die Hälfte bei Zwischenveräußerungen.

Abg. Goetheln (Sp.): Der Antrag Zrl ist technisch unbeschäftigt. Seine Wirtschaftlichen Gründe gibt es nicht, und keine Handelskammer kann da helfen. Die gute Wille, die Bestimmungen auf Zusammenfassung zu schwächen, ist billiger wert.

Die Abstimmung wird schließlich ausgesetzt. Die erhöhte Steuer auf Luxusgegenstände wird zurückgestellt.

Die Beratung wendet sich den Paragraphen über die Steuerberechnung und das Steuerverfahren zu. Die einzelnen Paragraphen, die im Unter-ausschuss nur unvollständig geändert worden sind, werden nach kurzer Ausrede angenommen.

Bei § 30, der nach den Beschlüssen des Unter-ausschusses den Gemeinden die Hälfte der Einnahmen aus dem ihnen zustehenden Betrage nach näherer Anweisung der Landesregierungen für die Zwecke der Lebensmittelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu verwenden, und der alle Warenumsätze der Bundesstaaten und Gemeinden ab 1. April 1919 aufheben will, beantragen die Abg. Erxberger, Müller-Judva und Kaden (Ztr.) das Recht der näheren Anweisungen an die Gemeinden, in die Hände des Bundesrates zu legen und dem Paragraphen die Bestimmung anzufügen, daß der Reichstag jährlich über die Verwendung der Beträge Bericht zu erstatten ist.

Hierauf schließt die Ausrede. Die Abstimmung wird auf Sonnabend vertagt.

wirtschaftlich liegt noch auf einem sehr niedrigen Niveau, das gehoben werden muß. Wiener Blätter haben selbst die Tatsache festgehalten, daß Österreich auch in einem günstigen Jahre vor dem Kriege mit dem durchschnittlichen Ergebnisse an Weizen dort stand, wo Deutschland vor dreißig Jahren gewesen ist. Für das zu schaffende Mitteleuropa liegt hier eine Fülle unendlich dankbarer Aufgaben! Wir wissen nicht, wie lange der Krieg dauert. Nehmen wir aber einmal an, daß er noch vor dem Winter beendet wäre, dann könnte das nicht im geringsten ein Grund sein, die Wirtschaftsfrente nicht doch jetzt schon zu schließen und in allen Teilen der verbündeten Länder für eine straffere Organisation zu sorgen. Selbst für den nicht gerade übermäßig wahrscheinlichen Fall, daß wir Frieden noch vor dem Winter haben, ist nicht damit zu rechnen, daß wir vor der Ernte 1919 nennenswerte Zufuhren aus dem Auslande erhalten. Selbst das ist nicht einmal sehr wahrscheinlich. Deshalb aber ist auch die verzweifelte Anspannung der gemeinsamen Wirtschaftsfrente eine verstärkte Notwendigkeit. Es darf nicht noch einmal zu einer Notlage kommen, wie die, aus der Österreich jedoch mit deutscher Hilfe befreit worden ist. Das läßt sich auch vermeiden, wenn wirklich alle Glieder des Bündnisses zeigen, daß sie sich einsehen. Bei sorgfältiger und gleichmäßiger Nationalisierung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und Ungarn werden derartige Notlagen vermieden. Die Stimmung der Heimat kann nur erhalten bleiben, wenn die Lösung: „Engerer wirtschaftlicher Zusammenbruch, straffere Organisation“ möglichst energisch in die Tat umgesetzt wird. Die Zeit, in der der eine dachte, ich habe genug, was geht mich der andere an, muß energigültig überwunden sein, wenn wir über kurz oder lang nicht neuen Notlagen entgegengehen wollen.

Carl Helma.

Das Arbeitskammergesetz.

Der Reichstagsauschuss für die Beratung des Arbeitskammergesetzes setzte am Freitag seine Verhandlungen fort. Gleich zu Beginn der Sitzung nahm der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtens, Freiherr von Stein, das Wort, um nochmals zu versichern, daß die Reichsregierung dem Gesetz nur zustimmen könne, wenn es sich um eine tatsächliche Schaffung der Arbeitskammern aufbaue. Die Regierung würde höchstens für den Antrag in Form von (Nachkammern nach Bedürfnis und gemeinsame Kammern im übrigen) im Bundesrat eintreten, da ihr an dem Zustandekommen des Gesetzes viel liege. Die über den Antrag Trimborn hinausgehenden Anträge aber würden von den verbündeten Regierungen nicht angenommen werden können.

In diese Erklärung des Staatssekretärs knüpfte sich im Ausschuss eine eingehende Aussprache, die mit der Einbringung eines neuen Antrages des Abg. Dr. Hylke (Ztr.) endete. Nach diesem Antrage sollen, sobald nach dem Eintritte der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis vorliegt, für einzelne oder mehrere verwandte Gewerbegebiete oder für bestimmte Arten von Betrieben besondere Arbeitskammern mit entsprechenden Arbeitnehmerabteilungen auf sachlicher Grundlage errichtet werden können. In eine Beratung dieses Antrages wurde jedoch noch nicht eingetreten. Gegen die Stimmen der Konfessionen stimmte der Ausschuss der Bildung besonderer Arbeitnehmersabteilungen, welche durch die von den Arbeitern gewählten Vertreter gewählt werden, zu.

Die Beratung wendete sich dann dem Verordnungsgebungs-bereich der Kammern zu. Nach der Regierungsvorlage sollen unter das Gesetz fallen die in Art. 7 der Gewerbeordnung aufgeführten gewerblichen Arbeiter und die Eisenbahner. Ein von den Gewerkschaften eingereichter Gegenentwurf verlangt die Einbeziehung aller Arbeiter. Der Ausschuss kam dahin überein, über die Zugehörigkeit der einzelnen Arbeitergruppen gebündelt zu verhandeln und befähigte sich zunächst mit der Einbeziehung der Seelenie. Mit 13 gegen 10 Stimmen wurde die Einbeziehung beschlossen.

Der Ernährungsausschuss.

Der Ernährungsausschuss des Reichstages trat am Freitag wieder zu einer Sitzung zusammen und nahm eine Reihe wichtiger Regierungserklärungen entgegen. Nach diesen Erklärungen ist in den Verhandlungen des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn, die am 21. April 1918 herum getroffen worden sind, vereinbart worden, daß ausschließlich Deutschland diejenigen Lebensmittel, die nach dem Friedensvertrag die Ukraine an die Mittelmächte zu liefern hat, aufbringt. Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, an Österreich-Ungarn eine gewisse Menge Getreide vorweg aus Vorräten der Ukraine mit Bestrebungen zu liefern. Ferner eine Verpflichtung Deutschlands zur Versorgung Österreich-Ungarns aus deutschen Getreidevorräten ist niemals übernommen worden. Da sich Österreich in einer außerordentlich schwierigen Ernährungslage befindet, die bis zu der in wenigen Tagen dort einsetzenden neuen Ernte anzuhalten wird, so sind wir um Hilfe gebend worden. Es haben darüber eingehende Verhandlungen stattgefunden. Was die Lage bei uns anlangt, so muß die Wintergetreide außer dem Saatgut reiflos zur Brotgetreideversorgung herangezogen werden. Ob ein Teil der Sommergetreide zur Versorgung der landwirtschaftlich freigegeben werden kann, hängt vom Ernterfolg und von der Absetzung der Wintergetreide ab. Bei vollstem Ernterfolg für die außerordentlich schwere Lage der Landwirtschaft hinsichtlich der Versorgung des Zugviehs mit Futtermitteln gestaltet leider die Lage unserer Versorgung nicht, wie wir letzteren Jahren einen gewissen Prozentsatz von Getreide von